



Pressemitteilung

Bundesregierung plant drastische Kürzungen bei der finanziellen Versorgung traumatisierter Geflüchteter in Deutschland

Inmitten einer der schwersten humanitären und menschenrechtsverletzenden Krisen unserer Zeit hat die Bundesregierung angekündigt, dass die Bundesmittel für die Unterstützung von Geflüchteten 2024 um 60 % gekürzt werden sollen. Schon jetzt werden nur knapp über 4 % der behandlungsbedürftigen Menschen in Psychosozialen Zentren (PSZ) versorgt und sie warten oft länger als sieben Monate auf einen Therapieplatz (Versorgungsbericht der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer / BAFF).

Im Koalitionsvertrag ist die Verstetigung der psychosozialen Versorgung psychisch belasteter Geflüchteter festgeschrieben, ebenso wie ein gesetzlicher Anspruch auf Sprachmittlung im Kontext von Behandlungen. Vulnerable Gruppen sollen besser identifiziert und unterstützt werden. Der BDP begrüßt dies ausdrücklich. Bundeseinheitliche Konzepte zur Verbesserung der bedarfsgerechten Versorgung traumatisierter und schutzbedürftiger Geflüchteter existieren – doch es fehlt bisher an der Umsetzung.

Die geplanten Kürzungen hätten nun vielmehr verheerende Folgen für die Geflüchteten. Die 47 Psychosozialen Zentren in Deutschland arbeiten schon jetzt am Limit. Nur noch 7 Millionen Euro Bundesmittelförderung sollen in Zukunft zur Verfügung stehen. Damit würden viele schwer traumatisierte Geflüchtete den einzigen Zugang zur überlebenswichtigen psychosozialen Hilfe und Unterstützung verlieren. Wenn sich unversorgte Traumata verstetigen, hat dies nicht nur Folgen für die Gesundheit und auf die Integrationschancen der Betroffenen selbst, sondern auch für die Gesellschaft, in der sie leben.

Laut UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) wird die Zahl der Geflüchteten weltweit in Zukunft weiter steigen, besonders auch derer mit schweren psychischen Belastungen. In Deutschland deckt schon jetzt die klinische und ambulante psychiatrisch-psychotherapeutische Regelversorgung in keiner Weise den Bedarf. Studien kommen zu dem Ergebnis, dass nur etwa 5 % der psychisch belasteten Geflüchteten in der Regelversorgung erkannt und diagnostiziert werden.

Eine drastische Verschlechterung der Situation kann nicht Ziel der Bundesregierung sein. Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) fordert deshalb ausdrücklich die Umsetzung des Koalitionsvertrags. Sprachmittlung sowie die Einführung von Gesundheitskarten oder der Zugang zur gesetzlichen Gesundheitsversorgung für Geflüchtete unabhängig von ihrem Asylstatus müssen endlich beschlossen und umgesetzt werden, ebenso die systematische Früherkennung von vulnerablen Geflüchteten. Dabei wäre auch die Einbindung kompetenter Berufsgruppen und Einbeziehung psychologischer und psychotherapeutischer Expertise im psychosozialen Bereich mehr als wünschenswert.

Es ist Aufgabe des Staates, Menschen, die vor Krieg und anderen Bedrohungen flüchten, nicht nur Asyl, sondern auch eine psychologische Versorgung zu gewährleisten, die es ihnen ermöglicht, eine Perspektive für die Zukunft zu entwickeln. Und erfolgreiche Integrationsbiographien sparen uns am Ende nicht nur viel Geld, sondern stärken langfristig auch den Zusammenhalt innerhalb der Bevölkerung.

Ihre Ansprechpartnerin:

Bettina Genée
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Fon: +49176 58868222
Mail: presse@bdp-verband.de